

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

09.08.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>Atommüll bleibt länger in Lubmin – Endlagersuche verzögert</b> <i>ndr.de, 09.08.2024</i> .....	3
2   <b>Zurück zur Kernkraft? Gern. Aber bitte nur unter dieser Bedingung</b> <i>sueddeutsche.de, 08.08.2024</i> .....	5
3   <b>Mini-Atomkraftwerke für die Insel</b> <i>VDI nachrichten, 09.08.2024</i> .....	6
4   <b>Putins Atomdiplomatie</b> <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.08.2024</i> .....	7

 ndr.de | 09.08.2024 | Reichweite: 16.120.332

 Martina Rathke

 WEBLINK

## Atommüll bleibt länger in Lubmin – Endlagersuche verzögert

Die Suche nach einem atomaren Endlager in Deutschland wird sich deutlich verzögern. Ein Gutachten, das das Freiburger Öko-Institut im Auftrag des Bundesamtes für Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) erstellt hatte, geht davon aus, dass selbst bei einem "idealen Projektablauf" erst ab 2074 mit einem Abschluss des Suchverfahrens für einen Endlagerstandort gerechnet werden kann. Die angestrebte Zielmarke 2031 könne aufgrund der gesetzlich vorgegebenen Verfahrensschritte keinesfalls erreicht werden, heißt es in dem Gutachten, das dem NDR vorliegt.

### EWN bereitet Neugenehmigung der Aufbewahrung vor

Selbst wenn bis dann ein Standort für ein Endlager feststeht, müssen das Lager noch gebaut und die Castoren umgelagert werden. Das **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)** als Betreiber des Zwischenlagers in Lubmin will die im Gutachten genannten erheblichen Verzögerungen bei der Endlagersuche nicht bewerten. Sie bedeuten aber, dass die Castoren deutlich länger in Lubmin gelagert werden müssten. Man bereite bereits jetzt eine Neugenehmigung der Aufbewahrung der Castoren über die bisher genehmigten 40 Jahre hinaus umfänglich vor - forschungs- wie auch praxisseitig, so der Geschäftsführer der **EWN**, Henry Cordes.

### CDU-Chef Peters: Planungszeiträume immer irrwitziger

Die Verzögerungen bei der Endlagersuche stoßen auf Kritik im Land. "Ich finde es beunruhigend, dass erst in 50 Jahren ein Endlager gefunden sein soll", so CDU-Fraktionschef Daniel Peters. "Die Planungszeiträume in Deutschland werden immer irrwitziger." Lubmin dürfe nicht infolge langwieriger Entscheidungen zum de-Facto-Endlager werden.

Umweltminister Till Backhaus verweist auf eine Studie des Physikers Bruno Thomaske, der von noch deutlich längeren Zeiträumen ausgeht. Dort werde 2079 als Jahr für die Festlegung des Endlagerstandor-

tes dokumentiert. Für die Inbetriebnahme des Endlagers würden sogar 2099 bzw. 2114 angegeben. "Das deckt sich auch mit unseren Kalkulationen und denen anderer Institutionen", so Backhaus. Er sieht keine grundsätzlichen Hinderungsgründe, die einer längerfristigen Zwischenlagerung in Lubmin entgegenstehen. "Von der **EWN** wird erwartet, dass sie rechtzeitig vor dem Auslaufen der Genehmigung einen begründeten und schlüssigen Antrag für die langfristige Zwischenlagerung stellt", so Backhaus.

### Erste Castor-Genehmigung läuft 2036 aus

Die Genehmigung für den ersten Castor, der 1996 verschlossen wurde, läuft im Jahr 2036 aus. Nach Angaben von **EWN**-Chef Cordes rechnet der Zwischenlager-Betreiber mit einem Genehmigungsprozess für die Castoren von acht Jahren. Das würde bedeuten, dass spätestens 2028 der Antrag eingereicht werden müsste. Das Zwischenlager Nord (ZLN), in dem die Castoren jetzt lagern, ist bis 2039 genehmigt. Derzeit wird ein neues Zwischenlager (Estral) geplant, weil das ZLN nicht mehr den erhöhten Sicherheitsanforderungen an den Terrorschutz erfüllt. Das Genehmigungsverfahren für das neue Lager mit seinen dann 1,80 Meter dicken Betonwänden läuft. Nach **EWN**-Angaben verzögert sich aber auch hier der Genehmigungsprozess. Das neue Lager Estral wird laut **EWN** frühestens ab 2030 Castoren mit dem radioaktiven Abfall aus den DDR-AKW Lubmin und Rheinsberg aufnehmen können. Vor zwei Jahren, im Erörterungsverfahren für das Lager war noch 2027 genannt worden.

### Grüne: Heiße Zelle ist notwendig

Die Grünen plädieren angesichts der erneuten Verzögerungen für den Bau einer Heißen Zelle im neuen Zwischenlager. Korrosion an sicherheitsrelevanten Komponenten könne es geben. Statt dann einen undichten Behälter durch halb Deutschland zu transportieren, müsse man in der Lage sein, beschädigte Behälter mit hochradioaktiven Abfällen vor Ort ohne Gefahr für Menschen umverpacken zu können, so der energiepolitische Sprecher der Grünen, Hannes Damm.

## Beschleunigung gefordert

Indes werden die Stimmen lauter, die für eine Beschleunigung der Endlagersuche plädieren. Es gebe Punkte, über die eine deutliche Beschleunigung möglich sei, so Backhaus. Auch **EWN**-Chef Cordes fordert mehr Tempo: "Wir brauchen jetzt endlich mal ein Signal, dass die Endlagersuche für den Standort und die Findung beschleunigt und nicht immer nur verlängert". Die Studie gebe klare Hinweise: die Verringerung der Zahl der Standortregionen oder auch die Wirtsge-

steine, in denen das Endlager entstehen müsse. "Da müssen jetzt Entscheidungen her."

2017 hatte der Bund mit dem Standortauswahlgesetz die Suche nach einem Endlager neu gestartet. Demnach sollte bis 2031 ein Standort für ein tiefengeologisches Endlager in Deutschland gefunden werden. Ursprünglich sollte das Endlager im Jahr 2050 in Betrieb gehen und in den Folgejahren auch die 74 Castoren aus Lubmin in den Tiefenstollen umgelagert werden.



## ATOMMÜLL

## Zurück zur Kernkraft? Gern. Aber bitte nur unter dieser Bedingung

**Es soll jetzt bis 2074 dauern, ehe in Deutschland der Standort für ein Endlager gefunden ist. Der radioaktive Abfall ist das monströseste Problem, das die Menschheit geschaffen hat.**

*Kommentar von Detlef Esslinger*

Also 50 Jahre noch. Bis zum Jahr 2074 könnte sich die Suche nach einem Standort für ein Atommülllager ziehen. Ein Gutachten im Auftrag des „Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung“ kommt zum Ergebnis: Der ursprüngliche Plan, bis 2031 fündig zu werden, war eh nicht zu halten, aber auch das Jahr 2068 ist wohl zu knapp kalkuliert. 2074! Was für ein herrliches Datum; jedenfalls für Politiker wie Scholz, Merz oder Söder. Eine bessere Nachricht für ihresgleichen kann es ja gar nicht geben. Sie bedeutet, dass ihnen die Durchsetzung dieses Höllenprojekts garantiert erspart bleiben wird. Den Aufruhr dürfen dereinst ein Bundeskanzler und eine Ministerpräsidentin aushalten, die erst noch gezeugt werden müssen, allenfalls schon in den Waldkindergarten gehen.

### Im Jahr 502024 sind die Hinterlassenschaften unserer Zeit noch gemeingefährlich

Was für ein monströses Erbe diese Atomenergie doch ist. Sollte es in 500 000 Jahren noch Menschen geben: Wie werden diese wohl zurückblicken auf jene Artgenossen, die im 20. und 21. Jahrhundert zu ihrem Komfort einen Müll produzierten, der im Jahr 502 024 n. Chr. noch weitere 500 000 Jahre gemeingefährlich bleiben wird? Werden sie fragen, was für Chaoten eigentlich einst die Menschheit anführten – Leute, die in Deutschland Schmidt oder Strauß hießen, wohingegen die wahren Konservativen jener Zeit Zottelbart und Norwegerpulli trugen (und auf die schon deshalb keiner hörte).

Und was für eine unfassbare Idee diese Atomenergie doch war. Nur mal angenommen, eine Familie würde den Bauantrag für ihr Haus einreichen und in den Plänen wäre fast alles drin: Küche, Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmer, Riesengarage, auch ein Pool; nur Toiletten nicht – was würde das Bauamt dazu sagen?

Würde es die Antwort akzeptieren, um die Fäkalien könnten sich ja später die Enkel der Kinder kümmern, vorläufig komme alles in ein Zwischenlager neben dem Grundstück. Die Atomenergie ist der spektakulärste Ausdruck eines immer noch für selbstverständlich gehaltenen Lebensstils: Von Menschen ausgelöste Gefahren müssen nur dermaßen groß sein, dass sie im Wortsinn unvorstellbar sind, und schon werden sie ignoriert. Bauen, aber sich keine Gedanken ums Klo machen: Geht's eigentlich noch verrückter?

### Also, wohin mit dem Atommüll, der erst noch entsteht?

Atommüll wird in Deutschland provisorisch in Fässern verwahrt, die nie bis 2074 halten sollten, außerdem in der niedersächsischen Schachtanlage „Asse 2“. Weil Salzwasser eindringt, droht sie abzusaufen, noch ehe die rostigen Fässer daraus geborgen sind. Anders gesagt, schon der bereits vorhandene Müll ist zu viel, als dass irgendwer sich in der Lage sähe, seiner Herr zu werden. Der von der Generation Schmidt/Strauß angerichtete Schaden ist da, man kann über diese Chaoten der Siebzigerjahre schimpfen, aber was bringt's? Das Salzwasser wäre davon nur mäßig beeindruckt.

Was man jedoch verlangen kann, ist, dass jeder in der Generation Söder, der heute mit der Forderung nach Rückkehr zur Atomenergie Stimmung macht, eine Bedingung erfüllt: Er muss eine praktikable Idee mitliefern, wohin denn zumindest jener Müll kommen soll, der erst noch entsteht. Das also vorzuschlagende Endlager erfüllte idealerweise zwei Voraussetzungen. Es sollte sich geologisch für eine Million Jahre eignen und geradezu gewollt sein von den Menschen, die in der Gegend leben. Besonders weiterführend wäre der Vorschlag, wenn jeder Freund der Atomkraft ein solches Lager bei sich im Wahlkreis fände; und nicht irgendwo da oben in Bremen, Brandenburg oder Phantasialand.

## Mini-Atomkraftwerke für die Insel

**Kernkraft:** Die Entwicklung im Bereich der Small Modular Reactors (SMR) in Großbritannien macht Fortschritte. Sowohl Holtec International (USA) als auch die britische Rolls-Royce erreichen wichtige Zwischenschritte in den jeweiligen Genehmigungsprozessen für ihr Reaktordesign, wie die zuständige Regulierungsbehörde Office for Nuclear Regulation (ONR) mitteilt.

Großbritannien setzt bei seiner Klimapolitik und für die eigene Versorgungssicherheit massiv auf SMR. Zurzeit durchlaufen drei Unternehmen den Prozess für das Generic Design Assessment (GDA) bei der ONR. Neben Holtec mit dem SMR-300 und Rolls-Royce ist dies die japanische GE Hitachi mit dem Reaktor BWRX-300, die erst Anfang Juli wichtige Dokumente an die ONR übermittelt hatte. Am 1. August gab die ONR bekannt, dass sie, die britische Umweltbehörde (Environment Agency) und die Natural Resources Wales (NRW) in die nächste Phase ihrer Bewertung von Holtec Internationals SMR-Design im Rahmen des GDA eintreten.

Der erste Schritt des GDA hatte im Oktober 2023 be-

gonnen, der zweite Schritt, der die grundlegende Bewertung des Designs beinhaltet, werde wohl 14 Monate dauern. Inhalt dieses zweiten Schritts ist die Öffentlichkeitsbeteiligung. So hat Holtec auf seiner neuen Website einen Kommentar- und Frageprozess gestartet. Relevante Fragen, die während des Kommentarprozesses aufkommen, würden ebenso wie Holtecs Antworten in den Bewertungsprozess im Rahmen des GDA einfließen, so die Regulierungsbehörde.

Diesen zweiten Schritt hat Rolls-Royce mit seinem SMR-Design schon hinter sich, wie die ONR mitteilte. Konkret dauerte der 16 Monate, wobei der britische Kraftwerksspezialist der erste Hersteller ist, der den neu gestalteten GDA-Prozess durchlief. Für Schritt drei veranschlagt die Behörde jetzt 29 Monate, das wäre also Ende 2026. Ursprünglich hatte Rolls-Royce 2021 seine SMR-Pläne veröffentlicht und mitgeteilt, Anfang der 2030er-Jahre seinen ersten SMR in Großbritannien ans Netz bringen zu wollen. Die britische Regierung will sicherstellen, dass spätestens 2029 die Final Investment Decision (FID) für die ersten dieser Anlagen getroffen werden kann.

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 09.08.2024 | S. 20

📄 Auflage: 186.177 | Reichweite: 891.184

👤 Katharina Wagner

## Putins Atomdiplomatie

**Kein Unternehmen baut im Ausland so viele Atomkraftwerke wie die russische Staatskorporation Rosatom. Manche Projekte sind kaum rentabel. Der Kreml verfolgt damit andere Interessen.**

Im November vergangenen Jahres wurde in Moskau feierlich ein neuer Schaupavillon eröffnet:

Auf dem Ausstellungsgelände WDNCh, auf dem schon die Sowjetunion in prunkvollen Gebäuden ihre Errungenschaften vorzeigte, wird in einem schicken Glaspalast nun auch die Atomkraft gefeiert. Auf sieben Etagen könnten Besucher sich mit der „großartigen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unserer Atombranche vertraut machen“, sagte zur Eröffnung der damals nur für Energie, mittlerweile zusätzlich für Wirtschaft zuständige stellvertretende Ministerpräsident Alexander Nowak.

Mithilfe der Nuklearenergie, verspricht die Website des Museums, werde die Menschheit endlich ihre größten Probleme wie Hunger, Klimawandel, Krankheiten und mangelnde Stromversorgung lösen können.

Auch der indische Ministerpräsident Narendra Modi wurde bei seinem Besuch in Moskau Anfang Juli von Präsident Wladimir Putin durch den Atom-Pavillon geführt. Russlands Staatskorporation Rosatom baut in Südindien seit Jahren das Atomkraftwerk Kudankulam, von dessen sechs Blöcken bisher zwei in Betrieb sind. Und es seien neue Projekte geplant, berichtete das russische Staatsfernsehen. Putin habe Modi auch von dem „einzigartigen, ersten schwimmenden Atomkraftwerk der Welt“ in Tschukotka im Fernen Osten erzählt sowie von dem geplanten nuklear angetriebenen Eisbrecher des Projekts „Leader“ – überhaupt sei Russland in der Atombranche Weltmarktführer.

Das stimmt zwar wie die meisten Erfolgsmeldungen im Staatsfernsehen nicht ganz, da Russland etwa bei der Anzahl der Atomkraftwerke im eigenen Land, bei der Uranförderung und dem Export von nuklearen Brennstoffen nicht die Nummer eins der Welt ist. Doch gehört das Land trotz seines Angriffskriegs gegen die Ukraine unbestritten weiterhin zu den wichtigsten Exporteuren. Kein anderes Unternehmen baut derzeit im Ausland so viele Atomkraftwerke wie die Staatskorporation Rosatom: 19 Reaktoren und damit fast

ein Drittel aller weltweit im Bau befindlichen Blöcke werden von dem russischen Konzern in der Türkei, in Ägypten, China, Indien, Bangladesch und Iran errichtet. Demnächst soll der Bau zweier weiterer Reaktoren in Ungarn starten, verhandelt wird über ein Rosatom-Kraftwerk in Usbekistan und über je ein weiteres in Indien und in der Türkei. All das wird zumindest nicht direkt gestört von amerikanischen oder europäischen Sanktionen – lediglich einige Rosatom-Subunternehmen stehen bisher auf schwarzen Listen.

Denn auch auf dem Markt für nukleare Brennstoffe und angereichertes Uran, aus dem die Brennstoffe hergestellt werden, spielen Russland und damit sein Atom-Monopolist Rosatom eine zentrale Rolle: Was angereichertes Uran angeht, ist Russland tatsächlich Weltmarktführer. Das Land verfügt nach unterschiedlichen Angaben über 40 bis 50 Prozent der internationalen Anreicherungs-kapazitäten. Die Vereinigten Staaten bezogen laut der norwegischen Umweltschutzorganisation Bellona in den vergangenen Jahren bis zu 25 Prozent ihres angereicherten Urans aus Russland. Und die EU führte laut der Euratom-Versorgungsagentur im Jahr 2022 knapp ein Drittel ihres angereicherten Urans aus Russland ein. atom-Tochter TVEL. Denn weiterhin sind in europäischen Ländern 19 Wasser-Wasser-Energie-Reaktoren (WWER) sowjetischer oder russischer Bauart in Betrieb – sechs in der Tschechischen Republik, fünf in der Slowakei, wo noch ein weiterer ans Netz gehen soll, jeweils zwei in Bulgarien und in Finnland, außerdem vier in Ungarn.

Wegen dieser Abhängigkeiten sind Strafmaßnahmen gegen Rosatom so schwierig für den Westen. Dabei wäre der Konzern eigentlich ein naheliegendes Ziel, denn er ist nicht nur in der zivilen Atomkraft aktiv, sondern auch für die Produktion von Nuklearwaffen zuständig, mit denen Putin und sein Machtapparat dem Westen immer wieder offen drohen. Rosatom-Mitarbeiter sind auch an der völkerrechtswidrigen Besetzung des ukrainischen Atomkraftwerks Saporischja beteiligt, womit der Konzern sogar direkt in den

Krieg involviert ist.

Und gerade weil er bisher nicht mit Strafmaßnahmen belegt ist, könnte er auch russischen Rüstungsbetrieb Komponenten für konventionelle Waffen zur Verfügung stellen, an die diese nicht mehr herankommen – darauf deuten jedenfalls Informationen des ukrainischen Geheimdienstes hin. Rosatom engagiere sich in immer mehr Sektoren jenseits der Nuklearindustrie und sei eine „unsanktionierte Quelle für Hightech-Produkte“ geworden, schrieb der amerikanische Kongressabgeordnete Lloyd Doggett im April in der Zeitschrift „Foreign Policy“.

Sowohl Brüssel als auch Washington bemühen sich, die Abhängigkeit von Rosatom zu verringern – auch um dem Risiko plötzlicher Lieferstopps zu entgehen. So haben bis auf Ungarn alle Betreiber von Atomkraftwerken sowjetischer Bauart in der EU schon Verträge mit alternativen Brennstofflieferanten geschlossen. Der amerikanische Hersteller Westinghouse bietet die speziellen sechseckigen Brennelemente bereits an, die für die WWER-Reaktoren nötig sind. Bis 2030 könnten zwei Drittel dieser Kraftwerke unabhängig von russischen Brennstoffen sein, sagt der Physiker und Atomkraftspezialist Dmitrij Gortschakow, der seit seiner Emigration aus Russland nach dem Überfall auf die Ukraine von Ende Februar 2022 im litauischen Büro von Bellona arbeitet. Theoretisch sei die Umstellung auf westliche Brennstoffe auch früher möglich, aber wegen der laufenden Verträge unrentabel. Die Kraftwerksblöcke, die auch nach 2030 noch russische Brennstoffe beziehen dürften, stehen in Ungarn, das von dem russlandfreundlichen Ministerpräsidenten Viktor Orbán regiert wird und wo bisher nichts auf eine Distanzierung von Rosatom hindeutet.

Noch größer als bei Brennstoffen ist die Abhängigkeit des Westens von Russland bei angereichertem Uran. Die amerikanische Regierung hat deshalb im Mai ein Gesetz verabschiedet, das den Import von angereichertem Uran aus Russland verbietet – allerdings schrittweise, bis 2028 bleiben die Einfuhren möglich. Um sie zu ersetzen, müssten europäische Hersteller noch deutlich mehr an die Vereinigten Staaten liefern als ohnehin schon, sagt Gortschakow, bis auch amerikanische Konzerne ihre Kapazitäten ausgebaut hätten. Das könne einige Jahre dauern: In dieser Zeit sei es unwahrscheinlich, dass auch die EU den Import von angereichertem Uran aus Russland stoppe.

Russlands dominante Rolle auf diesem Markt hat auch historische Gründe. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wollten die Vereinigten Staaten verhindern, dass Spezialisten aus der zivilen und militärischen Nuklearbranche in „Schurkenstaaten“ wie Iran oder Nordko-

rea abwandern. Zudem hatte Russland von dem zerfallenen Reich große Mengen an hoch angereichertem Uran geerbt, das sich für die

Herstellung von Nuklearsprengköpfen eignete. Washington und Moskau vereinbarten daher 1993 das „Megatons to Megawatts“-Programm, im Zuge dessen Russland das Uran wieder rückverdünnte und an die Vereinigten Staaten lieferte, wo es dann zu Brennstoff für Atomkraftwerke weiterverarbeitet wurde. Das Programm, das 2013 auslief, förderte die zivile Atomkraft in Russland, während die Vereinigten Staaten kaum in eigene Anlagen zur Urananreicherung investierten.

Aus Sicht von Rosatom ist der Handel mit dem Westen inzwischen aber nur noch ein kleiner Teil des Gesamtgeschäfts. Im Ausland verdiente die Staatskorporation im vergangenen Jahr nach eigenen Angaben rund 16 Milliarden Dollar. Etwa 3 Milliarden davon, schätzt Gortschakow, dürften auf den Export von Brennstoffen, Dienstleistungen und angereichertem Uran in die Vereinigten Staaten und nach Europa entfallen. Sollte diese Summe wegfallen, sei das nicht kritisch für Rosatom, aber doch ein erheblicher Verlust. Der Markt sei immerhin stabil, vorhersagbar, und die Kunden zahlten deutlich besser als etwa Länder in Asien, in denen Rosatom ebenfalls aktiv ist.

Doch hat das Staatskonglomerat nicht nur kommerzielle Interessen. Im Vergleich mit Russlands lukrativem Exportgut Öl sind die Einnahmen aus dem Atomgeschäft ohnehin gering – es kommt durchaus vor, dass der Ölverkauf in nur einem Monat mehr Geld einbringt als die 16 Milliarden Dollar, die Rosatom im gesamten vergangenen Jahr im Ausland verdiente. Für den Kreml hat der Konzern aber eine weitere wichtige Funktion – oft wird er als Vehikel einer „nuklearen Diplomatie“ bezeichnet. Ähnlich beschreibt es Alexandra Prokopenko, die bis zum Februar 2022 die russische Zentralbank beriet und seither als Expertin für Putins Machtstrukturen in Berlin arbeitet, in einem Beitrag für die amerikanische Denkfabrik Energy Innovation Reform Project: Rosatom diene

Anders als die Vereinigten Staaten importiert die EU aber auch fertige Brennstoffe von der darauf spezialisierten Rosdem Kreml als „außenpolitisches Instrument, das Russlands strategische Interessen vorantreibt, selbst wenn ein Projekt kurzfristig kommerziell nicht attraktiv ist“. Die Kernkraftwerksprojekte von Rosatom vertieften nicht nur die „offiziellen und Handelsbeziehungen zwischen Russland und anderen Regierungen“, sondern sie förderten auch „enge und dauerhafte Kontakte“ im Energie- und Nuklearsektor und schufen „Abhängigkeiten in Bezug auf Reaktorwartung und Brennstofflieferungen“.

Dabei habe Rosatom gegenüber seinen Konkurrenten zwei Vorteile: Einerseits könne der Konzern seinen Kunden alle nötigen Dienstleistungen aus einer Hand bieten, darunter die Finanzierung des Kraftwerkbaus, aber auch die Abholung radioaktiver Abfälle und deren Bearbeitung, sodass die Endlagerung des weniger strahlenden Materials für die Kunden einfacher und günstiger wird. Der zweite Vorteil, so Prokopenko, sei die enorme staatliche Unterstützung. Rosatom könne Kernkraftwerke mit staatlichen Krediten bauen, die bis zu 100 Prozent der Gesamtkosten deckten. Auch seinen Kunden könne Rosatom so Kredite zu sehr günstigen Konditionen bieten.

Je nachdem in welchem Land Rosatom einen Reaktor baue, seien die Projekte rentabler oder nicht, sagt auch Atomfachmann Gortschakow. In China etwa gehe es auch darum, Wissen und Technologien auszutauschen und Zugang zu dem wichtigen Markt zu erhalten. In dem vollständig von Moskau abhängigen Belarus hingegen sei der Bau eines Atomkraftwerks für Rosatom möglicherweise sogar ein Minusgeschäft. Putin nutze die Atomkraft „so wie alle anderen Hebel, um Beziehungen zu pflegen“, bisher aber nicht als Druckmittel wie das Gas, dessen Lieferungen nach Europa Russland selbst stark gedrosselt hatte.

Für Putin sind die Kraftwerksprojekte seit dem Februar 2022 noch wichtiger geworden: Mit ihnen kann der

Präsident zeigen, dass Russlands Expertise trotz Sanktionen und Isolation insbesondere in Ländern des globalen Südens gefragt bleibt. Allerdings wird längst sichtbar, dass sich die Abkehr des Westens und Sanktionen auch negativ auf Rosatom auswirken. So sollte etwa der erste Block des russischen Kernkraftwerks Akkuyu in der Türkei schon im vergangenen Jahr in Betrieb gehen. Rosatom-Chef Alexej Lichatschow beschwerte sich kürzlich im Staatsfernsehen über die Störungen des Projekts durch die Amerikaner, die „Gelder einfrieren“ und sich in „unsere Firmen und Banken einmischen“.

Auch wenn Rosatom bisher nicht unter Sanktionen stehe, wirkten die Maßnahmen über Umwege eben doch, sagt Gortschakow – die Projekte würden teurer und dauerten länger als geplant, die Schwierigkeiten, an westliche Bauteile zu kommen, erschwerten die Arbeit. Dass direkte Sanktionen gegen Rosatom dessen Auslandsprojekte stoppen könnten, glaubt der Fachmann nicht. Gefährlicher sei für den Konzern ohnehin etwas anderes: Da der Westen nun nach Jahren des Desinteresses an der Atomenergie wieder stärker in diese Branche investiere, seine Kapazitäten ausbaue und an Entwicklungen forsche, könnten seine Unternehmen zur Konkurrenz für Russland werden. Bis dahin, so Gortschakow, dürften allerdings Jahre, wenn nicht Jahrzehnte vergehen.